

118469/EU XXV.GP
Eingelangt am 11/10/16



HOHE VERTRETERIN
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 29.9.2016
JOIN(2016) 47 final

**GEMEINSAME MITTEILUNG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

Ausbau der EU-Unterstützung für Tunesien

1. Unterstützung des Übergangsprozesses in Tunesien: eine strategische Priorität für die EU

Fünf Jahre nach der Revolution im Jahr 2011, die zum Sturz des autoritären Regimes von Präsident Ben Ali geführt hat, ist der Übergang Tunesiens zur Demokratie in einer kritischen Phase. Das tunesische Volk hat den Weg geebnet für eine moderne Demokratie, die auf Meinungsfreiheit, transparenten und alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehenden Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beruht. Führende Vertreter des gesamten politischen Spektrums, die aktive Zivilgesellschaft des Landes und die Bevölkerung insgesamt haben gezeigt, dass sie entschlossen sind, eine pluralistische Gesellschaft aufzubauen, in der alle Tunesier – Männer und Frauen gleichermaßen – individuelle Freiheitsrechte genießen und stärker am wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben können. Dieser Einsatz wurde mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an das Quartett für den nationalen Dialog im Dezember 2015 gewürdigt.

Die Entwicklung in Tunesien ist eine Quelle der Hoffnung für die Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, von denen viele Instabilität, Gewalt und die Rückkehr autoritärer Regime erleben. Trotz des unbestreitbaren Umbruchs, den die Revolution bewirkt hat, wird das Leben der Tunesierinnen und Tunesier nach wie vor von politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie von Sicherheitsproblemen beeinträchtigt, die die Tragfähigkeit des Übergangsprozesses gefährden.

Ein starkes, demokratisches und stabiles Nachbarland Tunesien liegt im strategischen Interesse der EU. Das anhaltende Engagement der EU für die Unterstützung Tunesiens beim Übergang zur Demokratie kommt auch in der überarbeiteten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP)¹ zum Tragen, in der die Notwendigkeit betont wird, unterschiedliche, auf die jeweilige Situation der Nachbarländer der EU zugeschnittene Strategien zu entwickeln. Erforderlich ist daher eine Reaktion der EU, die auf die besonderen Gegebenheiten in dem Land abgestimmt ist und ein breites Spektrum von Politikbereichen abdeckt, um die zahlreichen Herausforderungen des Übergangsprozesses zu bewältigen, sowie Initiativen, mit denen das Potenzial der bereits weit fortgeschrittenen Partnerschaft zwischen der EU und Tunesien voll ausgeschöpft werden kann.

2. Ein instabiler Übergangsprozess: Tunesiens Reaktion auf komplexe und wachsende Herausforderungen

Der tunesische Übergangsprozess ist fragil und ernststen Bedrohungen ausgesetzt. Zudem hindern zahlreiche eng verknüpfte Probleme den Großteil der tunesischen Bevölkerung daran, alle Vorteile des neuen demokratischen Systems und der damit verbundenen Freiheiten auszuschöpfen.

Eine Reihe von Terroranschlägen im Jahr 2015 zielte auf die Tourismusbranche und auf Sicherheitseinrichtungen. Der von Libyen ausgehende Angriff auf die Grenzstadt Ben Guerdane im März 2016 zeigt die wachsende Sicherheitsbedrohung, die von zunehmend

¹ Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 18. November 2015 – Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

organisierten Gruppen, die die Instabilität Libyens nutzen, sowie vom grenzübergreifenden Waffen-, Drogen- und Menschenschmuggel ausgeht.

Nach der Annahme der fortschrittlichen Verfassung und der erfolgreichen Organisation der Wahlen im Jahr 2014 standen die tunesischen Behörden vor der schwierigen Aufgabe, die notwendigen institutionellen, rechtlichen und Verwaltungsreformen durchzuführen und gleichzeitig die unmittelbaren sozioökonomischen und Sicherheitsprobleme zu bewältigen. Die hohe Zahl der Prioritäten des Parlaments, seine begrenzten Kapazitäten und Ressourcen sowie die umfangreichen Konsultationen, die in einem inklusiven demokratischen Prozess erforderlich sind, sind Gründe für die Verzögerungen bei der Umsetzung der Reformen. Diese Faktoren sind auch ein Indiz dafür, dass der noch nicht vollendete Übergangsprozess mehr politische Entschlossenheit benötigt. Eine dringende Priorität ist nach wie vor die Einrichtung eines Verfassungsgerichts und der unabhängigen Einrichtungen, deren Aufgabe es sein wird, die Demokratie zu festigen. Berichte über mutmaßliche neue Fälle von Folter und Misshandlung zeigen, dass sowohl Rechtsvorschriften als auch Verwaltungspraktiken grundlegend geändert werden müssen, damit die in der Verfassung verankerten Rechte und Freiheiten für alle Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden. Die Kommunalwahlen, die 2017 stattfinden sollen, stellen einen wichtigen Meilenstein in diesem demokratischen Prozesses dar.

Seit 2011 wurde die tunesische Wirtschaft von mehreren Schocks schwer getroffen, was zu einem starken Rückgang des Wachstums, makroökonomischen Ungleichgewichten, steigender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut (15 % der Tunesier leben unter der Armutsgrenze) und zur Ausweitung der Schattenwirtschaft geführt hat. Dieser Umstand erschwerte die Bewältigung der auf die Zeit vor der Revolution zurückgehenden sozioökonomischen Probleme, vor allem die Unzufriedenheit unter der tunesischen Bevölkerung, insbesondere bei jungen Menschen und den Bewohnern von Regionen mit Entwicklungsrückstand, die in einigen Fällen soziale Unruhen zur Folge hatten. In seiner ersten Ansprache an das Parlament räumte der neue Regierungschef Youssef Chahed ein, dass diese Herausforderungen bestehen. Doch Tunesien hat alle Voraussetzungen um seine demokratischen Errungenschaften in wirtschaftlichen Erfolg zu verwandeln: eine junge, gebildete und dynamische Bevölkerung, eine strategisch günstige geografische Lage, eine lange industrielle Tradition mit erfolgreichen exportorientierten Unternehmen und umfangreiche unerschlossene natürliche Ressourcen wie Solarenergie. Für die makroökonomische Stabilisierung, die Ankurbelung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und Unternehmertums, eine effizientere Verwaltung, die Bekämpfung der Korruption, die Anpassung der allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildung an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts sowie für eine gerechtere Verteilung von öffentlichen Ausgaben und Wohlstand sind jedoch dringend grundlegende Strukturreformen notwendig.

Die aufeinanderfolgenden Regierungen zeigten sich entschlossen, die Strukturreformen zu beschleunigen. Die Notwendigkeit dieser Reformen wird auch von der tunesischen Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, anerkannt, wenngleich es unweigerlich politische, gesellschaftliche und administrative Widerstände und berechtigte Bedenken gibt. Nachhaltige, wirksame und sozial ausgewogene Übergänge erfordern Zeit und Beharrlichkeit, denn die Menschen müssen greifbare Fortschritte sehen, um Vertrauen und ein Gefühl für Stabilität zu entwickeln. Nachdrückliche Unterstützung seitens der EU ist daher erforderlich und wird auch erwartet.

Die tunesische Regierung hat mehrere Gesetze zur Umsetzung der Verfassung, zum Aufbau des demokratischen institutionellen Rahmens und zur Reform der Wirtschaft vorgeschlagen, von denen einige bereits vom Parlament angenommen wurden. In dem Bestreben, mit Entschiedenheit gegen die sich verschlechternde Sicherheitslage vorzugehen, wurde auch eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen für Notfälle verabschiedet. Hierzu gehört ein neues Gesetz zur Terrorismusbekämpfung, das allerdings in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte Bedenken aufwirft. Die tunesischen Behörden arbeiten auch an einer nationalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Verhinderung von Radikalisierung. Dialog und Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, einschließlich der EU, haben sich deutlich verbessert.

Im Mai 2016 legte die Regierung einen Vorschlag für ihren Fünf-Jahres-Entwicklungsplan vor. Er enthält eine umfassende Analyse der zahlreichen Herausforderungen, mit denen das Land konfrontiert ist, und Reformpläne insbesondere in den Bereichen Staatsführung und öffentliche Verwaltung sowie politische Weichenstellungen für die wirtschaftliche, finanzielle, regionale und soziale Entwicklung. Nach seiner Annahme wird er den internationalen Gebern, einschließlich der EU, die Anpassung ihrer Unterstützung an die Prioritäten Tunesiens erleichtern. Die Regierung will im November eine Investorenkonferenz veranstalten, um Unterstützung für die Umsetzung des Plans zu mobilisieren. Die EU unterstützt die vorgeschlagene Vorgehensweise.

3. Verstärkte Unterstützung der EU für den Übergangsprozess in Tunesien seit 2011

Die Beziehungen zwischen der EU und Tunesien wurden 1976 aufgenommen und gewannen 1995 mit der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommen an Dynamik, das den Weg für zwei Jahrzehnte beiderseits fruchtbarer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bereitete.

Die Revolution von 2011 war ein Wendepunkt. Die EU setzte alle ihre Instrumente ein, um das tunesische Volk zu unterstützen, den Wahlprozess zu begleiten, die Menschenrechte zu fördern, demokratische und sozioökonomische Reformen zu unterstützen, die Sicherheitslage zu verbessern und die Zivilgesellschaft zu stärken. Sie hat Tunesien außerdem insgesamt engere Beziehungen durch stärkere Wirtschafts- und Handelsintegration und eine Mobilitätspartnerschaft angeboten. Die tunesischen Behörden trafen die strategische Entscheidung, die Beziehungen des Landes zur EU, die sie als wichtigsten Partner Tunesiens ansehen, und seine Integration in die EU zu vertiefen. Daraufhin wurden 2012 eine „Privilegierte Partnerschaft“ und ein ehrgeiziger ENP-Aktionsplan vereinbart². Diese führten zu intensiven politischen Kontakten, umfangreicherer Finanzhilfe und bedeutenden Fortschritten in so unterschiedlichen Bereichen wie Handelsbeziehungen, Reformen des Sicherheitssektors, Bildung, Forschung und Innovation.

Unterstützung und Finanzhilfen der EU für Tunesien seit der Revolution 2011:

Im Zeitraum von 2011 - 2016 belief sich die Unterstützung der EU für Tunesien auf 2 Mrd. EUR (1,2 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und 800 Mio. EUR als makroökonomische Finanzhilfe). Mit diesen Mitteln wurde die Umsetzung des

² Relations Tunisie – Union Européenne: une privilégiée Partnerschaft. Plan d'action 2013 – 2017.

https://eeas.europa.eu/delegations/tunisia/documents/press_corner/plan_action_tunisie_ue_2013_2017_fr.pdf

demokratischen und wirtschaftlichen Übergangsprozesses in Tunesien unterstützt, und die makroökonomische Finanzhilfe trug zur Finanzstabilität des Landes bei. In diesem Rahmen wurden auch 85 Projekte im Wert von insgesamt 41 Mio. EUR von der EU kofinanziert und von Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt.

Die europäischen Finanzinstitutionen³ haben ebenfalls Vorzugsdarlehen in Höhe von **2,6 Mrd. EUR** für Infrastrukturprojekte, sozialen Projekte, die Entwicklung des Privatsektors und für Abwasseraufbereitungsprojekte gewährt. Für die vergünstigten Bedingungen dieser Darlehen wurde die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität mobilisiert.

Tunesien ist auch einer der vorrangigen Begünstigten von EU-Regionalprogrammen für Länder der südlichen Nachbarschaft in Bereichen wie Umwelt, Energie, Migration und Sicherheit.

Seit dem 1. Januar 2016 ist Tunesien dem Programm **Horizont 2020** assoziiert, das tunesischen Forschern, Wissenschaftlern und Innovatoren große Chancen eröffnet und gleichzeitig die Bemühungen Tunesiens um Investitionen in Forschung und Innovation als Motor der sozioökonomischen Entwicklung unterstützt.

Tunesierinnen und Tunesier haben sehr von den Hochschulbildungsprogrammen der EU Erasmus Mundus und Tempus profitiert. Ihnen wurde auch der Zugang zu Programmen wie dem European Enterprise Network zur Förderung von Geschäftsbeziehungen erleichtert.

Um Tunesien in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation zu helfen, führte die EU 2016 eine befristete Sondermaßnahme ein⁴, mit der ein zwei Jahre geltendes zusätzliches zollfreies Kontingent von 35 000 Tonnen jährlich für tunesisches Olivenöl gewährt wurde.

4. Wirksamere EU-Maßnahmen zur Unterstützung der Reformen Tunesiens

2016 hat Tunesien um eine qualitative und quantitative Vertiefung seiner Beziehungen zur EU ersucht. In dieser Mitteilung schlägt die Kommission Initiativen für eine effizientere Unterstützung der EU vor, um das Potenzial der „privilegierte Partnerschaft“ im Einklang mit der überarbeiteten ENP vollständig auszuschöpfen.

³ Die Europäische Investitionsbank, die Agence Française de Développement, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

⁴ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung dringender autonomer Handelsmaßnahmen für die Tunesische Republik, COM(2015) 460.

Die Unterstützung bei der Durchführung der tunesischen Reformanstrengungen ist von grundlegender Bedeutung für die Stärkung der wirtschaftlichen Stabilität und den erfolgreichen Übergang Tunesiens zur Demokratie. Der Fünf-Jahres-Entwicklungsplan könnte der EU als Orientierungshilfe für die Ermittlung der Prioritäten in den verschiedenen Politikbereichen dienen.

Unser Ziel ist es, gemeinsam gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen, die sozialen Ungleichheiten zu verringern, die Zivilgesellschaft und die Reform der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen, die Steuerung von Migration und Mobilität zu verbessern, die Korruption zu bekämpfen und Sicherheitsprobleme anzugehen.

Gleichzeitig werden wir weiterhin Unterstützung bei der Umsetzung der Verfassung und der Stärkung der demokratischen Institutionen Tunesiens sowie bei der Förderung und Achtung der Menschenrechte leisten. Die EU ist der Überzeugung, dass es im beiderseitigen Interesse liegt, durch verstärkte Kontakte und Mobilität engere Bindungen und einen vertieften Dialog zwischen der EU und der tunesischen Gesellschaft fördern. Deshalb muss die Schlüsselrolle, welche die Kultur für die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung spielt, anerkannt werden. Bei ihrer Unterstützung wird die EU weiterhin jungen Menschen und Frauen sowie der systematischen Einbeziehung der Zivilgesellschaft besonderes Augenmerk widmen.

4.1. Förderung verantwortungsvoller Regierungsführung und der Reform der öffentlichen Verwaltung

Tunesien hat beeindruckende Fortschritte bei der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie erzielt - die neue Verfassung ist der Beweis dafür. Die in der Verfassung verankerten demokratischen Prinzipien und Grundwerte müssen nun aber durch funktionierende Institutionen, wirksame Regulierungen und Verfahren und einen effizienten öffentlichen Dienst konkretisiert werden.

In der tunesischen Verfassung sind klare Zielvorgaben für die öffentliche Verwaltung und die **verantwortungsvolle Regierungsführung** festgelegt, die auch Schwerpunkte der Reformstrategie der Regierung sind. Es wird daher vorgeschlagen:

- Konzeption und Umsetzung einer **Reform des öffentlichen Dienstes** zu unterstützen, um eine leistungsfähigere, stärker rechenschaftspflichtige und motivierte öffentliche Verwaltung zu schaffen.
- Die Verbesserung der **öffentlichen Finanzverwaltung und der Reform des Steuersystems** zu fördern und ein **einfacheres und gerechteres System** einzuführen. Ziel ist eine stärkere Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors und die Wiederherstellung des haushaltspolitischen Spielraums zur Finanzierung der politischen Zielsetzungen der Regierung. Die Unterstützung wird auf Einrichtungen, die für öffentliche Kontrolle verantwortlich sind, ausgeweitet.
- Unterstützung der Durchführung des **Dezentralisierungsprozesses**. Um in den am wenigsten entwickelten Regionen des Landes den Aufbau einer dienstleistungsorientierten Verwaltung zu unterstützen und eine lokale Verwaltung zu fördern, wird die EU Beratung für die Stärkung der Kommunen in den Bereichen Politikentwicklung und Koordinierung, Personalmanagement, Rechenschaftspflicht und Erbringung von Dienstleistungen anbieten und gleichzeitig den gleichberechtigten

und diskriminierungsfreien Zugang schutzbedürftiger Gruppen zu öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen.

- Maßnahmen zur Verbesserung von **Dienstleistungen** auf zentraler und lokaler Ebene, z. B. in den Bereichen Abbau von Bürokratie, leichter Zugang zu Informationen oder Einführung elektronischer Verwaltungsdienste, wo immer dies möglich ist.
- Unterstützung der **Korruptionsbekämpfung** durch Hilfe bei der Entwicklung geeigneter Mittel und Maßnahmen, mit denen die Integrität gefördert und Korruption wirksamer verhindert werden sollen.
- Weitere Unterstützung für die **Reform des Justizwesens**, um den Zugang zu einem unabhängigen und effizienten Justizsystem zu verbessern.
- Weitere Unterstützung des **Parlaments**, um die parlamentarische Aufsicht über die Regierung und seine Initiativefähigkeit zu stärken; in diesem Zusammenhang Unterbreitung eines Vorschlags an das Europäische Parlament, seine Unterstützung für das tunesische Parlament zu stärken und dabei den vor kurzem eingesetzten Gemischten Parlamentarischen Ausschusses in vollem Umfang einzubeziehen.
- Insbesondere für die Unterstützung der öffentlichen Verwaltung werden zunehmend gezielte Verwaltungspartnerschaften (Twinning) eingesetzt.

4.2. Stärkung der Rolle einer dynamischen Zivilgesellschaft

Seit der Revolution haben zivilgesellschaftliche Organisationen in Tunesien eine Schlüsselrolle für den Erfolg des Übergangs zur Demokratie gespielt. Die Stärkung der Zivilgesellschaft, einschließlich der Sozialpartner, gehört weiterhin zu den wichtigsten Prioritäten der EU.

Die EU ist der Überzeugung, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen Politikbereichen systematisch in den Dialog mit den Behörden eingebunden werden sollten. Die Wiedereinsetzung eines Ministers für die Beziehungen zur Zivilgesellschaft ist ein sehr positiver Schritt in diese Richtung. Der bestehende **dreiseitige Dialog** (EU, tunesische Behörden und tunesische Zivilgesellschaft) über die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und Tunesien sollte gestärkt werden, insbesondere in Bereichen, in denen die Beziehungen zwischen der EU und Tunesien von mehr Transparenz und stärkerer Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen profitieren würden, wie Migration, Mobilität, Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. In diesem Geist schlägt die EU vor, dass vor und nach jedem offiziellen Treffen zwischen den EU und Tunesien (insbesondere Tagungen des Assoziationsrates, des Assoziationsausschusses und der Unterausschüsse) sowie jeder Verhandlungsrunde zwischen der EU und Tunesien ein Zusammentreffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden sollte. Die Regierung sollte die tunesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen auch künftig zu den Verhandlungen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) mit der EU konsultieren, auch im Rahmen des dreiseitigen Dialogs. Die Unterstützung wird während der Verhandlungen und auch bei der Umsetzung fortgesetzt.

Die EU wird die Zivilgesellschaft auch künftig in die Auswahl und Durchführung ihrer Programme einbeziehen und sie an den jeweiligen Lenkungsausschüssen beteiligen. Sie wird auch die finanzielle Unterstützung aller Kategorien von Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene, sowohl bilateral als auch im Rahmen

thematischer Finanzierungsinstrumente stärken, im Einklang mit dem EU-Fahrplan für die Zivilgesellschaft⁵.

4.3. In die Zukunft investieren: Schaffung von Arbeitsplätzen und Förderung der nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung

Die tunesische Jugend erwartet, dass sie in der Lage sein wird, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und einen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung ihres eigenen Landes zu leisten. Die EU achtet und unterstützt diese Bestrebungen.

Die Ankurbelung der tunesischen Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung für die Senkung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Die EU ist mit einem Anteil von etwa 60 % am gesamten tunesischen Handel Tunesiens größter Handelspartner. 70 % der ausländischen Direktinvestitionen stammen aus der EU.

Zusätzlich zu den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Terroranschläge auf Tourismuseinrichtungen wurde die tunesische Wirtschaft seit der Revolution auch erheblich von einer schwachen Weltwirtschaft und den nur schleppend fortschreitenden Reformen beeinträchtigt. Das derzeitige Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu senken, die Investitionen sind zurückgegangen, während das Haushalts- und das Außenhandelsdefizit angestiegen sind. Daher muss dringend die Investitionstätigkeit insbesondere des Privatsektors angeregt werden.

Obwohl das Geschäftsumfeld in Tunesien günstiger als in anderen Teilen der Region ist, haben die zahlreichen mit dem Übergangsprozess verbundenen Herausforderungen zu einem allmählichen Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen geführt. Auch bei verschiedenen starren Strukturen, die ebenfalls das Wirtschaftswachstum behindern, muss Abhilfe geschaffen werden. Zudem müssen inländische Investitionen durch die Erschließung des unternehmerischen Potenzials des tunesischen Volkes gefördert werden. Die EU wird vorrangig die Regierung dabei unterstützen, die im Fünf-Jahres-Plan vorgesehenen **vorrangigen Wirtschaftsreformen umzusetzen**, um die makroökonomische Stabilität zu stärken, ein günstiges Geschäfts- und Investitionsklima zu schaffen und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und breitenwirksames Wachstum zu fördern.

Die EU ist zu einer engen Zusammenarbeit mit Tunesien bereit, um die Verhandlungen über eine DCFTA EU-Tunesien zum Abschluss zu bringen, damit innerhalb von drei Jahren konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer weiterreichenden wirtschaftlichen Integration Tunesiens in die EU. Die EU bietet Tunesien eine asymmetrische Liberalisierung an, bei der tunesische Unternehmen sofortigen Zugang zu EU-Märkten erhalten, während Tunesien seine Märkte nur schrittweise öffnen kann. Die DCFTA wird nicht nur den Handel zwischen der EU und Tunesien fördern, sondern

⁵ Die EU hat einen EU-Länderfahrplan („Feuille de route de l'UE pour l'engagement envers la société civile en Tunisie 2014 – 2017“, veröffentlicht im Jahr 2015) für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erarbeitet, mit dem die Auswirkungen und Vorhersehbarkeit von EU-Maßnahmen verbessert werden sollen. Er hat vier Schwerpunkte: dauerhafte Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Schaffung eines günstigen Umfelds für zivilgesellschaftliches Handeln, stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den politischen Dialog und in die Politikgestaltung auf nationaler und lokaler Ebene, bessere Koordinierung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und technischen Partnern/Geldgebern.

auch die Regulierungsreformen voranbringen und Tunesiens Position auf globaler Ebene stärken. Dabei muss sichergestellt werden, dass die positiven Auswirkungen der DCFTA mit inländischen Reformen einhergehen, die notwendig sind, damit alle, auch Randgebiete und -gruppen, davon profitieren können.

Die EU begrüßt auch die Zusage Tunesiens, ein Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen abzuschließen mit dem Ziel, die Luftverkehrsmärkte zu öffnen und die Rechtsvorschriften anzugleichen. Die würde zur Erholung des Tourismussektors beitragen und die weitere wirtschaftliche Integration Tunesiens fördern.

Verstärkte Unterstützung für Handel, Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung des Privatsektors

Die EU wird Tunesien sowohl bei der Aushandlung als auch bei der Umsetzung der DCFTA mit gezielten Hilfsmaßnahmen unterstützen, die die einschlägigen rechtlichen und institutionellen Reformen begleiten und verstärken und die Modernisierung von wirtschaftlichen Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft und Dienstleistungen fördern, um zu gewährleisten, dass Tunesien auf die Umsetzung des Abkommens vorbereitet ist und den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen kann.

Auf der Grundlage von Beratungen mit den tunesischen Behörden werden im Hinblick auf die Umsetzung der DCFTA spezifische Programme aufgelegt, um die Sektoren entsprechend zu modernisieren.

In diesem Zusammenhang hat die EU in jüngster Zeit im Rahmen eines Regionalpakets bereits zwei neue Initiativen zur Unterstützung tunesischer Kleinunternehmen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen eingeleitet.

1. In den kommenden fünf Jahren werden im Rahmen der EU-Initiative für finanzielle Inklusion neue Finanzmittel in Höhe von etwa 200 Millionen EUR⁶ für Tunesien bereitgestellt. Mit diesem neuen Hilfspaket soll der **Zugang zu Finanzmitteln** für Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen, die von örtlichen Banken nur schwer Darlehen zu Marktbedingungen bekommen, durch bessere Kreditbedingungen (durch einen Kreditgarantiemechanismus) und die Erschließung neuer Finanzierungsquellen (Mikrofinanzierung, Risikokapital usw.) erleichtert werden.

2. Im Juli 2016 nahm die EU außerdem eine neue Initiative in Höhe von etwa 100 Millionen EUR für neue Darlehen für Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen an, um die **Wettbewerbsfähigkeit zu steigern** und den **Handel** auf der Grundlage eines Wertschöpfungskettenansatzes **anzukurbeln**.

In Ergänzung und zur Unterstützung des Fünf-Jahres-Plans werden folgende Initiativen gefördert:

⁶ Diese Programme sind Teil regionaler Initiativen für mehrere Länder. Bei den angegebenen Beträge handelt es sich um den voraussichtlichen Mittelanteil Tunesiens im Rahmen dieser regionalen Initiativen veranschlagt.

- **Landwirtschaft:** Die Kommission wird vorschlagen, das Inkrafttreten der EU-Handelszugeständnisse im Rahmen einer künftigen vertieften und umfassenden Freihandelszone vorübergehend vorzuziehen.
- **Technische Vorschriften** Beschleunigung der Aushandlung eines Abkommens über Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte im Kontext der DCFTA-Verhandlungen in den wichtigsten der von Tunesien als vorrangig eingestuften Bereichen durch die Einrichtung eines regelmäßigen, strukturierten Dialogs, die Festlegung klarer Etappenziele und die Bereitstellung der notwendigen Unterstützung, um Lücken bei den Vorbereitungsarbeiten zu schließen.
- **Ursprungsregeln:** Unterstützung einer zügigen Überarbeitung des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (PEM-Übereinkommen), das durch moderne, einfachere und flexiblere Ursprungsregeln Tunesien neue Möglichkeiten bietet, vom präferenziellen Zugang zum EU-Markt und von der regionalen Integration zu profitieren. Mit Blick auf die Überarbeitung des Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln und die DCFTA-Verhandlungen wird die EU gemeinsam mit Tunesien eine vorgezogene Anwendung der PEM-Regeln sowie befristete flexible Regelungen für bestimmte Erzeugnisse prüfen, die baldmöglichst umgesetzt würden, um die tunesischen Ausfuhren zu steigern.
- **Förderung von Handel und Investitionen:** Die EU wird zusammen mit ihren Mitgliedstaaten eine „Partnerschaft für Wachstum“ vorschlagen, in deren Rahmen Vertreter von Privatunternehmen bestimmter Branchen Tunesien besuchen, um Investitionen zu fördern. Die EU wird Tunesien auch dabei helfen, seine Handels- und Exportförderungsstrategie umzusetzen, auch in EU-Mitgliedstaaten, die noch keine engen Wirtschaftsbeziehungen zu Tunesien unterhalten. Sie wird sich für die größere Bekanntheit von tunesischen Erzeugnissen und eine entsprechende Marktöffnung sowie Ausfuhr-, Einfuhr- und Investitionsmöglichkeiten einsetzen und den Regelungsrahmen für Investitionen stärken, um das Geschäftsklima in Tunesien zu verbessern.
- Schaffung von Möglichkeiten, um die **tunesische Diaspora** zum Engagement in der tunesischen Wirtschaft zu ermutigen, durch Programme, die das Potenzial der Diaspora nutzen und Anreize für Investitionen in die lokale und regionale Entwicklung in Tunesien bieten, insbesondere durch die Mobilisierung von Mitteln für einen Start-up-Fonds, wie in der überarbeiteten ENP vorgesehen.
- **KMU:** Die EU wird mit Tunesien auch bewährte Verfahren zur Erleichterung des regulatorischen und politischen Umfelds für KMU austauschen, wie im „Small Business Act for Europe“ vorgesehen.
- **Zollbehörden:** Unterstützung der Umsetzung der ehrgeizigen Reform der Zollverwaltung. Hierzu gehören die Vereinfachung und Automatisierung der Zollverfahren, die Stärkung der Governance und Unparteilichkeit und die Gewährleistung der Verfügbarkeit von Informationen.
- **Konnektivität:** Stärkere Nutzung der Nachbarschaftsinvestitionsfazilität, um Investitionen europäischer Finanzinstitutionen zu erschließen und so zur Finanzierung vorrangiger Infrastrukturprojekte beizutragen, die im Fünf-Jahres-Plan genannt und im Rahmen des transmediterranen Verkehrsnetzes umgesetzt werden.
- **Zugang zu erschwinglichen Finanzierungsquellen:** Unterstützung bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie für finanzielle Inklusion; Nutzung der Hebelwirkung von EU-Zuschüssen, um europäische Finanzinstitutionen und den Privatsektor zu Investitionen in Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen zu veranlassen (unter Beteiligung der tunesischen Diaspora in der EU); Diversifizierung der

Finanzierungsquellen dieser Unternehmen über Darlehen von Geschäftsbanken hinaus (Unterstützung für die Entwicklung eines Private-Equity-Markts, Leasing, Factoring und Crowdfunding) und Ausweitung der Unterstützung auf das Netz der bestehenden Mikrokreditinstitute; Förderung der Sozialwirtschaft in Tunesien und Investitionen in ihre Entwicklung als innovative Möglichkeit für rentable Investitionen zu erzielen, die gleichzeitig der örtlichen Bevölkerung konkrete Vorteile zu bieten.

- **Statistiksystem:** Um die Umsetzung der Reformen überwachen zu können, braucht die Regierung ein zuverlässiges Statistiksystem. Die EU wird die verantwortungsvolle Verwaltung und operative Autonomie der Institutionen im Statistiksystem unterstützen, insbesondere in Bezug auf wichtige nationale und regionale sozioökonomische Indikatoren.

Die EU ist der Auffassung, dass Tunesien in die eigene Zukunft investieren und sich dafür die globale Umgestaltung der modernen Volkswirtschaften zunutze machen könnte, insbesondere in den Bereichen nachhaltige Energie, Innovation und digitale Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang begrüßt die EU die Aufnahme der „**grünen**“ **Wirtschaft** als einen der fünf Schwerpunkte in den Fünf-Jahres-Plan. Der Übergang zu einer **ressourcenschonenden, kohlenstoffarmen Wirtschaft** setzt ein hohes Maß an politischem Engagements seitens Tunesiens voraus. Durch saubere Technologien, erneuerbare Energien, die energieeffiziente und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie eine bessere Abfallbewirtschaftung wird Tunesien Umweltprobleme und den Klimawandel besser bewältigen und seine lobenswerte Zusage, die es auf der UN-Klimakonferenz (COP21) gegeben hat, erfüllen können.

Die Stärkung des nationalen **Forschungs- und Innovationssystems** ist eine wichtige Voraussetzung, um die tunesische Wirtschaft umzuformen, wettbewerbsfähiger zu machen und in die Weltwirtschaft einzubeziehen.

Die Assoziierung Tunesiens mit „Horizont 2020“ wird die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit auf diesen Gebieten geschaffen.

In diesem Kontext sollte die EU ihre Ressourcen mobilisieren, um:

- - durch ein eigens aufgelegtes Programm die Regierung bei der Umsetzung der **überarbeiteten nationalen Strategien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz** zu unterstützen (z. B. durch Kofinanzierung von Investitionen, Förderung von Technologietransfer und Bereitstellung von Finanzhilfen für die Energiewende-Fonds); Hilfe bei der Modernisierung von Produktionsanlagen durch Unterstützung der Industrie bei der Anschaffung moderner, ressourcenschonender Technologien zu leisten, z. B. durch eine spezifische europäisch-tunesische Partnerschaft und eine verstärkte Zusammenarbeit mit europäischen Clustern und ihren verbundenen Unternehmen.:
- gemeinsam mit europäischen Finanzinstitutionen Tunesien bei der Bewältigung seiner **Umweltprobleme** in Zusammenhang mit Luftverschmutzung und Abwasserentsorgung, vor allem in großen Städten zu unterstützen;
- Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des nationalen Forschungs- und Innovationssystems zu fördern, damit es den Umbau der tunesischen Wirtschaft unterstützen kann; im Rahmen von Horizont 2020 Finanzintermediären, die Darlehen vergeben, Garantien zu bieten,

sowie Beratungsdienste, direkte Darlehen und Eigenkapitalinstrumente für **innovative Unternehmen**, um die Teilnahme an dem Programm zu fördern;

- im Agrarsektor die **Wertschöpfungsketten ökologisch erzeugter Lebensmittel** zu unterstützen, auch um die Ausfuhr ökologisch erzeugter Lebensmittel in die EU zu steigern;
- **Unterstützung der Entwicklung der digitalen Wirtschaft** mit Blick auf ein schnelleres Wachstum im IT-Sektor, z. B. durch Unterstützung für digitale Ökosysteme, die Einrichtung schneller Internet-Dienste, digitale Innovatoren usw. Förderung der Digitalisierung bei KMU;
- **die Kultur- und Kreativbranchen** durch die Förderung von Clustern und der sektorübergreifenden Zusammenarbeit und Beteiligung an EU-Programmen wie z. B. am Programm „Kreatives Europa“ zu stärken;
- den derzeitigen und künftigen Arbeitsmarktbedarf zu ermitteln, damit geeignete **Kompetenzstrategien** entwickelt werden können.

4.4. Bekämpfung von Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft

Die sozialen und regionalen Entwicklungsunterschiede, auf welche die Revolution von 2011 weitgehend zurückzuführen war, müssen unbedingt überwunden werden. **Entschlossenes Handeln ist notwendig, um den Übergang zur Demokratie nicht zu gefährden**, da die soziale Unzufriedenheit insbesondere unter jungen Leuten weiter zunimmt. Dieses Problem wird durch die in weiten Teilen des Landes jahrelang versäumten Investitionen in öffentliche Dienstleistungen sowie in soziale und wirtschaftliche Infrastrukturen verschärft. **Es besteht zudem ein eindeutiger Zusammenhang zwischen fehlenden Chancen und der Anfälligkeit für Radikalisierung, die sowohl für Tunesien als auch für die EU eine Bedrohung darstellt.**

Für die Bewältigung dieser Herausforderungen sind erhebliche Finanzmittel erforderlich, die Tunesien angesichts seiner begrenzten Ressourcen nicht allein aufbringen kann. In diesem Zusammenhang werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- **Dezentralisierung** als Grundvoraussetzung für die Maßnahmen zum Abbau der regionalen Unterschiede. Die EU verpflichtet sich, Ressourcen bereitzustellen, um den Aufbau von Kompetenzen in den örtlichen Verwaltungen zu unterstützen, aber auch um sicherzustellen, dass den örtlichen Behörden Geldmittel in angemessener Höhe zur Verfügung gestellt werden, damit sie grundlegende Dienstleistungen erbringen können. Die EU sollte auch die Formulierung regionaler Strategien für die sozioökonomische Entwicklung unterstützen, mit denen die Grundlage für Initiativen in den ärmsten Regionen gelegt werden kann.
- Verbesserung der **Sozialpolitik** Tunesiens, einschließlich Maßnahmen zur Modernisierung und besseren Zielausrichtung seines sozialen Sicherheitsnetzes.
- Bereitstellung von EU-Unterstützung für Projekte der **sozialen Infrastruktur** (für Bildung, Gesundheit, Wasser und sanitäre Einrichtungen), die die Verbesserung des Lebensstandards in den am meisten benachteiligten städtischen und ländlichen Gebieten und die Erschließung isolierter Gebiete zum Ziel haben. Auch hier können die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität und die europäischen Finanzinstitutionen die Regierung bei der Deckung des Bedarfs an sozialer Infrastruktur unterstützen.

- Förderung eines besseren Zugangs zu **hochwertiger allgemeiner** und **beruflicher Bildung**, die auf den Bedarf des Arbeitsmarkts ausgerichtet ist, im Einklang mit der neuen Berufsbildungsstrategie Tunesiens.
- Die EU sollte das Programm Erasmus+ auch auf die Finanzierung von Praktika tunesischer Studierender in europäischen Unternehmen ausweiten und die finanzielle Unterstützung aufstocken, damit mehr Studierende und mehr Hochschulpersonal gefördert und die Kapazitäten der Hochschulen, nationalen Behörden und Jugendorganisationen gestärkt werden können.
- Förderung der **Beschäftigung junger Menschen** durch Unterstützung einer Regelung, die vorsieht, dass Jugendlichen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, innerhalb eines bestimmten Zeitraums ein hochwertiger Arbeitsplatz angeboten werden soll, der dem individuellen Bedarf und der jeweiligen Situation entspricht.

4.5. Unterstützung bei der Bewältigung von Sicherheitsproblemen

Die Sicherheit in Tunesien ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der Tourismusbranche, sondern auch für die Europäische Union und ihre Bürger.

Seit 2015 hat die EU ihre Zusammenarbeit mit Tunesien bei der Terrorismusbekämpfung und der Verhütung von gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung weiter vertieft und dabei die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gefördert. Damit wird auf ein akutes Problem reagiert, das nur gemeinsam bewältigt werden kann.

Zusätzlich zu dem Sicherheitskoordinierungsmechanismus der G7+5⁷, der maßgeblich zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Koordinierung zwischen den tunesischen Behörden und den internationalen Partnern beiträgt, hat die EU ihren Dialog mit Tunesien intensiviert, indem sie im September 2015 in Tunis einen ersten verstärkten politischen Dialog über Sicherheit und Terrorismusbekämpfung geführt hat. Ende des Jahres soll eine weitere Sitzung stattfinden, um die erzielten Fortschritte zu analysieren und weitere Schritte für eine Zusammenarbeit festzulegen. Die Zivilgesellschaft wird in diesen Prozess einbezogen.

Im Einklang mit der verstärkten Sicherheitsdimension der überarbeiteten ENP sollte die EU:

- die Umsetzung des laufenden mit 23 Millionen EUR ausgestatteten Programms zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors fortführen und aus anderen Instrumenten Mittel für den Kapazitätsaufbaubereitstellen;
- soweit erforderlich, weitere Unterstützung bereitstellen, um Tunesien bei der Umsetzung von Sicherheitsstrategien zu helfen, insbesondere im Einklang mit dem Projektpaket, das Tunesien im März 2016 vorgelegt wurde;
- Tunesien bei der Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung unterstützen, insbesondere durch den Aufbau nationaler Kapazitäten und die Bereitstellung von

⁷ Zu den G7 + 5 gehören alle Mitglieder der G7 sowie die EU, Belgien, die Niederlande, Spanien und die Schweiz.

Fachwissen im Rahmen regionaler und thematischer Programme in Bereichen wie Prävention von Radikalisierung und Grenzmanagement; rechtskonforme Ermittlungen und Strafverfolgungen fördern; strategische Kommunikation unterstützen; gegen ausländische terroristische Kämpfer und organisierte Kriminalität vorgehen. Maßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gelten bislang zwar nicht als der am besten geeignete Weg zur Unterstützung Tunesiens, doch die EU ist bereit, alle Optionen zu prüfen, um Tunesien die Hilfe zu leisten, die es benötigt;

- die Zusammenarbeit mit den relevanten Agenturen und Einrichtungen der EU stärken, dazu gehören Europol, die Europäische Polizeiakademie, Eurojust, Frontex sowie das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg und das EU-Exzellenzzentrum im Rahmen des Aufklärungsnetzwerks gegen Radikalisierung;
- das Thema Feuerwaffen und Explosivstoffe in den politischen Dialog mit Tunesien einbeziehen, wobei der Schwerpunkt auf der praktischen operativen Zusammenarbeit zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung auf diesem Gebiet liegen sollte;
- die Zusammenarbeit mit Tunesien bei Katastrophenrisikomanagement und -prävention im Rahmen der Maßnahmen des Unionsverfahrens für den Katastrophenschutz vertiefen, insbesondere durch die Förderung von Frühwarnsystemen und der Katastrophenvorbeugungs- und -vorsorgekapazitäten.

4.6. Gemeinsame Anstrengungen für eine bessere Steuerung von Migration und Mobilität

Die wirksame Steuerung der Migration ist eine politische Priorität für die EU und Tunesien. Die EU ist sehr an einer engeren Zusammenarbeit mit Tunesien in diesem Bereich interessiert, insbesondere um die irreguläre Migration zu verhindern und gegen die Ursachen von Migration vorzugehen. Der Großteil der im Ausland lebenden tunesischen Staatsangehörigen hält sich in den Mitgliedstaaten der EU auf⁸.

Tunesien arbeitet seit 2012 an einer nationalen Migrationspolitik. Ziel ist es sicherzustellen, dass Migranten in Tunesien Hilfe bekommen, ihre Rechte geschützt werden und dass sie die Möglichkeit haben, an der Entwicklung Tunesiens mitzuwirken. Dieses migrationspolitische Konzept sollte mit Unterstützung der EU zum Abschluss gebracht und umgesetzt werden.

Im Jahr 2011 zeigte Tunesien trotz der schwierigen innenpolitischen Lage Solidarität und hat zahlreiche Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen. Die hohe Zahl an Libyern, die sich nach wie vor in Tunesien aufhalten, könnte rasch zu einer schweren sozioökonomischen Belastung werden, wenn sich die Lage in Libyen nicht bessern, sondern weiter verschlechtern sollte.

⁸ Mehr als 360 000 Tunesierinnen und Tunesier leben legal in der EU (am 31. Dezember 2014 gültige Aufenthaltsgenehmigungen). Die Zahl ist in den letzten Jahren gestiegen und umfasst keine Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit (die sich bereits in zweiter oder der dritter Generation in der EU aufhalten). Außerdem halten sich auch tunesische Staatsangehörige ohne Aufenthaltsgenehmigung illegal in der EU auf (2015 wurde gegen etwa 10 235 Personen eine Rückführungsentscheidung erlassen, allerdings fanden nur 3 325 Rückführungen tatsächlich statt).

2014 schlossen die EU und zehn ihrer Mitgliedstaaten⁹ eine Mobilitätspartnerschaft¹⁰ mit Tunesien, die einen umfassenden Rahmen für den politischen Dialog und die Zusammenarbeit mit Tunesien bei allen Aspekten der Migrationssteuerung bildet.

Wie in der Mitteilung über einen neuen Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Kontext der Europäischen Migrationsagenda vom 7. Juni 2016¹¹ angekündigt, will die EU aufbauend auf der bestehenden Mobilitätspartnerschaft zur nächsten Stufe der Beziehungen mit Tunesien übergehen.

In diesem Zusammenhang werden folgende Schwerpunkte für die Unterstützung der EU vorgeschlagen:

- **Bekämpfung der Ursachen der irregulären Migration** insbesondere durch die Unterstützung der erforderlichen Reformen im Land und der sozioökonomischen Entwicklung Tunesiens.
- Unterstützung Tunesiens bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer umfassenden und wirksamen nationalen **Migrations- und Asylpolitik** mit einem funktionsfähigen institutionellen Rahmen.
- Rascher Abschluss der Verhandlungen über ein Visaerleichterungsabkommen (die Mitte Oktober 2016 aufgenommen werden sollen) und der parallel geführten Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen. Gemäß dem Grundsatz der Differenzierung, der für die ENP angewendet wird, könnte Tunesien das erste Land der südlichen Nachbarschaft sein, mit dem ein wirksames und ehrgeiziges Visaerleichterungsabkommen geschlossen wird, das auch für die Umsetzung der DCFTA förderlich sein könnte.
- Förderung der konkreten Zusammenarbeit zwischen Tunesien und EU-Mitgliedstaaten bei der Rückführung und Wiedereingliederung von Rückkehrern, die von Tunesien rückübernommen wurden, sowie Vertiefung der Zusammenarbeit Tunesiens mit einschlägigen afrikanischen Ländern bei der Rückübernahme. Im Hinblick auf die Verbesserung der Migrationssteuerung könnte die EU auch den Aufbau eines biometrischen Bevölkerungsregisters in Tunesien unterstützen.
- Im Einklang mit dem Aktionsplan von Valletta wird in Tunesien als Pilotland die Festlegung und Durchführung von Regelungen für **legale Migration** erprobt.
- Stärkung bestehender **Mobilitätsprogramme** (Erasmus+, Erasmus für junge Unternehmer im Rahmen des COSME-Programms, Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen im Rahmen von Horizont 2020 und nationale Programme).
- Weitere Stärkung der tunesischen Kapazitäten zur **Verhinderung irregulärer Migration**, vorrangig durch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Schleusung und des Menschenhandels, insbesondere durch wirksameres **Grenzmanagement**.

⁹ Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Schweden und das Vereinigte Königreich.

¹⁰ Déclaration conjointe pour le Partenariat de Mobilité entre la Tunisie, l'Union Européenne et ses Etats Membres participants, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/documents/policies/international-affairs/general/docs/declaration_conjointe_tunisia_eu_mobility_fr.pdf

¹¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Investitionsbank – COM(2016) 385 final.

Zusätzlich zu den bestehenden bilateralen und regionalen Instrumenten der EU wird auch der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika eingesetzt um für diese Prioritäten Unterstützung der EU zu leisten. Die künftige Investitionsoffensive für Drittländer wird dazu beitragen, die Ursachen der Migration anzugehen.

5. Das weitere Vorgehen

Der Fünf-Jahres-Plan der Regierung sieht ein ehrgeiziges Reformprogramm vor. Auch wenn die EU den Übergang zur Demokratie in Tunesien bereits massiv unterstützt, wird die EU sich, wie in der **Mitteilung angekündigt, noch nachdrücklicher für den beeindruckenden Übergangsprozess** einsetzen will.

Die Priorität, die den Beziehungen zwischen der EU und Tunesien eingeräumt wird, wird auch künftig in intensiven politischen Kontakten und regelmäßigen Besuchen im Rahmen eines umfassenden politischen Dialogs zum Ausdruck kommen, bei dem verschiedene Themen von beiderseitigem Interesse, einschließlich regionaler und globaler Fragen, den Scherpunkt bilden werden. Die Kommission und die Hohe Vertreterin schlagen außerdem vor, dass führende Politiker beider Seiten alle zwei Jahre zu einem hochrangigen Treffen zusammenkommen sollten. Die erste Sitzung ist für Herbst 2016 in Brüssel vorgesehen. Nach der Teilnahme des tunesischen Regierungschefs an der Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ im Juli 2015 könnten je nach Anlass tunesische Minister zu einschlägigen Erörterungen im Rat eingeladen werden. Es sollte geprüft werden, wie die Kontakte einzelner Kommissionsmitglieder oder von Gruppen von Kommissionsmitgliedern und der einschlägigen Kommissionsdienststellen mit tunesischen Behörden in unterschiedlichen Politikbereichen weiter intensiviert werden können.

Um wichtige Strukturreformen zu unterstützen, eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors zu stärken, plant die Kommission eine Anhebung ihrer **jährlichen Finanzhilfe** in Form von Zuschüssen von 186,5 Millionen EUR im Jahr 2015 **auf bis zu 300 Millionen EUR im Jahr 2017**. Diese Finanzhilfe, für die verschiedene Finanzierungsinstrumente der EU in Anspruch genommen werden, sollte eindeutig darauf ausgerichtet sein, Tunesien bei der Umsetzung seiner ehrgeizigen Reformagenda zu unterstützen und gleichzeitig den dringlichsten Erfordernissen des Landes gerecht werden.

Die EU ist entschlossen, über den **gesamten Zeitraum bis 2020 anhaltend hohe Finanzmittel** bereitzustellen. Nach den Bestimmungen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments wäre diese verstärkte Unterstützung an die Bedingung geknüpft, dass Tunesien seinen Übergang zur Demokratie (einschließlich der Fortschritte bei der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Grundrechte) und die Reformen gemäß dem Fünf-Jahres-Plan fortsetzt.

Die Kommission will einen Teil dieser zusätzlichen Finanzmittel dafür einsetzen, weitere Unterstützung seitens der europäischen Finanzinstitutionen zu erschließen. Dies zeigt die Entschlossenheit mit der die EU und die europäischen Finanzinstitutionen die Durchführung des Fünf-Jahres-Plan durch die Mobilisierung zusätzlicher Mittel für strategische Projekte und die Entwicklung des Privatsektors vorantreiben wollen. Sie sind bereit, **bis zum Jahr 2020 etwa 800 Millionen EUR jährlich** zu mobilisieren. Die EU wird den tunesischen Behörden

mit transparenten öffentlich-privaten Partnerschaften auch dabei helfen, den Privatsektor stärker in diese Projekte einzubinden.

Die Kommission hat außerdem **zusätzliche makrofinanzielle Hilfe in Höhe von 500 Millionen EUR** vorgeschlagen, die 2016 und 2017 ausgezahlt werden soll. Mit diesem Vorschlag, der vom Rat und vom Europäischen Parlament am 6. Juli 2016 angenommen wurde, wird die umfangreichste Maßnahme auf den Weg gebracht, die jemals in einem Land der südlichen Nachbarschaft durchgeführt wurde. Die Umsetzung muss nun in uneingeschränkter Zusammenarbeit mit den tunesischen Behörden zügig vorangetrieben werden. Da für die Umsetzung des Fünf-Jahres-Plans voraussichtlich noch mehr externe Finanzmittel benötigt werden, sollte die EU auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Bedarfsbewertung die Gewährung weiterer makrofinanzieller Hilfe prüfen, um die Durchführung des Strukturreformprogramms zu unterstützen.

Um die Unterstützung für Tunesien wie dargelegt zu intensivieren, müssen die EU-Organe, die Mitgliedstaaten, Tunesien und die anderen Partner ihre Maßnahmen noch besser koordinieren und effizienter gestalten. Zudem müssen sie die finanziellen, personellen und technischen Ressourcen, die für die Unterstützung Tunesiens bereitgestellt werden, verstärken. Die Unterstützung Tunesien bei der Bewältigung seiner Herausforderungen sowie bei seinem Übergang zur Demokratie durch ein koordiniertes, kohärentes EU-Unterstützungspaket wird die Auswirkungen der EU-Unterstützung sowie ihre Hebelwirkung und Sichtbarkeit verbessern. Sie könnte auch einen wichtigen Schritt zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Programmplanung für die Unterstützung durch die EU und die Mitgliedstaaten darstellen. Die EU befürwortet die Schaffung einer Geberkoordinierungsplattform auf der Grundlage des Fünf-Jahres-Plans, um sicherzustellen, dass die internationale Unterstützung – aufbauend auf den Erfahrungen mit dem G7+5-Mechanismus im Bereich Sicherheit und Terrorismusbekämpfung – auf die Bedürfnisse Tunesiens zugeschnitten ist und entsprechend größere Auswirkungen hat. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen und ihre entsprechende Begleitung wird insbesondere das Instrument TAIEX herangezogen.

Die Kommission und die Hohe Vertreterin wollen durch die „Beobachtergruppe zur Lage im Südlichen Mittelmeerraum“, die von Kommission und EAD eingerichtet wurde und an der auch europäische Finanzinstitutionen beteiligt sind, Fachleute aus allen Einrichtungen und Politikbereichen der EU zur Unterstützung Tunesiens mobilisieren. Die Gruppe wird die Umsetzung der vorliegenden Mitteilung überwachen und eine Bilanz ziehen. Eine vergleichbare Struktur in der tunesischen Verwaltung würde die Koordinierung zwischen den Ministerien stärken und zu rascherem Handeln und zur Erfüllung der Zusagen beitragen.

6. Fazit

Die Hohe Vertreterin und die Kommission sind der Überzeugung, dass die Tunesien kurz- und mittelfristig von einer noch stärkeren und wirksameren EU-Unterstützung profitieren würde. In dieser gemeinsamen Mitteilung werden verschiedene Möglichkeiten für eine solche stärkere Unterstützung vorgeschlagen. Die EU-Unterstützung wird jedoch noch wirksamer sein, wenn auch die Mitgliedstaaten und andere internationale Partner ihre Unterstützung ebenfalls ausbauen.

Die EU muss zeigen, dass sie der Herausforderung gewachsen ist, die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sowie Sicherheit und Wohlstand in ihrer Nachbarschaft zu sichern. Die Kommission und die Hohe Vertreterin schlagen daher vor, mit dem Rat, den

Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und den europäischen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, um eine solche koordinierte, wirksame Reaktion der EU zu erreichen, die insbesondere für die internationale Investorenkonferenz, die am 29. und 30. November 2016 in Tunis stattfinden soll, sowie für mögliche weitere Initiativen relevant sein wird